

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 34.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 25. August 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

Von der Fleischnot.

Ein böses Vorzeichen für die Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiterklasse, die am 1. April n. J. anbrechen wird, bieten uns die gegenwärtigen Preissteigerungen des Fleisches. Nur noch 7 Monate trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem der agrarische Zolltarif in Kraft treten wird. Dann werden die Preise für das Brot, für das Fleisch, für alle anderen Nahrungs- und Genussmittel, bei denen wir die Erzeugung unserer Produktion durch Einfuhr aus dem Auslande nicht zu entbehren vermögen, ganz gewaltig in die Höhe schnellen. Von welcher ungeheuerlichen Folgen dies für die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse sein wird, läßt sich zwar ahnen, aber nicht genau voraussagen. Aber die gleichmütigsten und politisch gleichgültigsten Arbeiter werden schon heute aus ihrem Ruhegefühl aufgeschreckt, wenn sie die Rückwirkung der gesteigerten Fleischpreise auf ihre Lebenshaltung deutlich erkennen müssen, auch dann, wenn sie nicht organisiert sind, wenn sie kein Arbeiterblatt lesen und wenn sie ihre Bildung aus den die Gehirne versandenden und die Willenskraft einullenden „General-Anzeigern“ schöpfen. Denn wirklamer als alle Agitation, als alle Schriften und Reden ist der Anschauungs-Unterricht, den das leere Portemonnaie gibt. Das konnte man schon deutlich in diesen Wochen erkennen an den Frauen der Arbeiterklasse, die in ungewohnt großer Zahl in die Versammlungen kamen, in denen die Fleischnot und ihre Ursachen besprochen wurden. Wenn die heutige Fleischnot die Indifferenten, die schwer Organisirbaren, die Frauen aufkittelt, erregt und zum Proteste veranlaßt, dann können wir die Ueberzeugung aussprechen, daß der große Raubzug gegen die Arbeiterklasse, der am 1. April 1906 von den Agrariern unternommen werden wird, eine Stimmung schaffen wird, die alle Befürchtungen der konservativen Mächte in den Schatten stellen wird. Man bedenke, daß die Zölle auf Kühe und Stiere um 640 Prozent, die der Schweine um 520 Prozent, die der Schafe um 620 Prozent gegenüber den zurzeit noch geltenden Sätzen sich steigern werden. Hierzu kommt die Tatsache, daß auch die Preise für Brot, Mehl, Hülsenfrüchte usw. infolge der gesteigerten Zölle ganz gewaltig in die Höhe schnellen müssen.

Die heutigen Fleischpreise haben aber schon einen ganz gewaltigen Notstand der Arbeiter geschaffen. Von ganz kleinen Gebieten abgesehen, haben wir außerordentlich hohe Preissteigerungen zu verzeichnen. 10, 15, 20, 30 Pfennige gingen die Preise des Schweinefleisches in die Höhe, in Augsburg muß man für das Pfund Schweinefleisch heute 1 Mk. bezahlen, in München 1,15 Mk. am Donnerstag voriger Woche, und zum Teil noch höher stiegen die Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch. Preissteigerungen von 20, 30 ja 50, selbst 75 Prozent werden aus den Industriegegenden gemeldet. Eine allgemeine Unzufriedenheit hat sich entwickelt, die sich keineswegs bloß auf die Arbeiterklasse erstreckt. Alle Bevölkerungsteile, die nicht zu den höchsten Einkommenstufen gehören, leiden unter der Fleischnot. Die kleinen Kaufleute, die Handwerksmeister, die Beamten, die Lehrer müssen ihren Fleischbedarf einschränken und vereinigen sich in ihrer Entrüstung mit den Arbeitern, deren Vertreter alles getan haben, um diese Verhältnisse nicht entwickeln zu lassen, die aber niedergestimmt wurden von den Vertretern derjenigen Schichten, die heute zu ihrem Schrecken die Folgen dieser unsinnigen Politik verspüren. Zu den unzufriedensten Deuten gehören nun die Metzgermeister, die zwar durch das Aufrunden der Preise nach oben sich zu entschädigen bemüht waren, die aber unter dem verminderten Absatz so stark zu leiden haben, daß sie sich auch schwer geschädigt fühlen, ja daß sie wegen des Fehlens des Absatzes, soweit sie auf Arbeiter-Kundschaft angewiesen sind, zum Teil ihren Betrieb einstellen mußten.

Nur ein Teil der Bevölkerung, ein ganz geringer Bruchteil der Landwirtschaft treibenden Klasse, derjenige, der über seinen Bedarf hinaus die Viehzucht betreibt, ist zufrieden, freut sich über die erhöhten Preise, die ihm nun zugute kommen. Sie fühlen sich sicher in ihrem Besitze, sie sind überzeugt, daß man nichts unternehmen wird, um eine Verminderung der Fleischpreise herbeizuführen. Sie wissen, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung hinter ihnen steht, daß diese eine unerhörte Gleichgültigkeit den Beschwerden der Arbeiter entgegensetzt und keine andere Aufgabe für höher ansieht, als die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Der Reichskanzler erklärte, daß eine

Öffnung der Grenzen für fremdes Schlachtvieh ihn nichts angehe, daß hierüber ausschließlich der preussische Landwirtschaftsminister zu entscheiden habe. Das ist die vollkommene Kapitulation der Reichsgewalt vor dem preussischen Junkertum, dessen Vertrauensmann eben dieser preussische Landwirtschaftsminister von Bobbielski ist. Dieser Standpunkt des Reichskanzlers bedeutet, daß wir an Stelle eines Deutschen Reiches ein Groß-Preußen haben, und daß nicht der Reichskanzler der maßgebende Beamte in Deutschland ist, sondern der preussische Landwirtschaftsminister. Da hat man wahrlich nicht mehr das Recht, über den Partikularismus in Süddeutschland zu grollen, man muß sich an das Wort von Bismarck erinnern, daß der gefährlichste Partikularismus der preussische ist.

Herr v. Bobbielski hat die Vertreter der Landwirtschaftskammern zusammenberufen und von ihnen erklären lassen, und es feierlich bestätigt, daß eine Fleischnot nicht existiert. Daß die Arbeiter und breite Schichten der übrigen Bevölkerung den Konsum von Fleisch einschränken müssen oder die Fleischkost überhaupt nicht mehr zu erschwingen vermögen, ist diesen Herren nicht maßgebend, für sie existiert keine Fleischnot, sie machen so glänzende Profite bei den heutigen Fleischpreisen, daß es ihnen auf gesteigerte Ausgaben selbst nicht anzukommen braucht.

Mit aller Entschiedenheit wandten sich die Vertreter der Landwirtschaft gegen den Gedanken einer Deffnung der Grenzen, die unter den heutigen Verhältnissen und auch für alle Zukunft die einzige Möglichkeit einer genügenden Fleischversorgung und eines Ausgleiches der Preise bieten würde. Sie erklären, daß die Deffnung der Grenzen eine Gefahr der Verseuchung des deutschen Viehbestandes herbeiführen würde. Auch wir sind für alle Maßregeln, die eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Viehes veranlassen könnten, aber wir wissen, daß es Mittel und Wege genug gibt, um trotz der Einfuhr fremden Fleisches jede Steigerung der in Deutschland vorhandenen Tierseuchen zu verhindern. Tatsächlich besteht eine, wenn auch nur sehr beschränkte Einfuhr fremden Viehes, die keine Gefahren im Gefolge hatte. Diese Vieheinfuhr könnte unter den gleichen Vorichtsmaßregeln ganz erheblich gesteigert werden. Man könnte in nur für diesen Zweck bestimmten Eisenbahnwagen beliebig große Mengen von Schlachtvieh aus Rußland, den Balkanländern, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Holland und Dänemark nach Deutschland schaffen, und zwar direkt in die Schlachthöfe der großen Industriestädte, wobei jede Berührung mit dem einheimischen Viehbestande vermieden werden könnte, wo von deutschen Beamten eine Untersuchung des Gesundheitszustandes des eingeführten Viehes vorgenommen werden könnte. Wenn England einen großen Teil seines Fleischkonsums mit australischem Fleische deckt, so wäre dasselbe ebenso leicht in die Häfen der deutschen Nord- und Ostsee, wie in die von London, Liverpool und Birmingham zu schaffen. Ebenso ließe sich in Schlachthäusern an der Grenze fremdes Vieh schlachten und in Eiswagen überall hin zum Verkauf bringen. Man sieht, daß sich bei aller Rücksicht auf den Gesundheitszustand des deutschen Viehbestandes eine vollkommen ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit gesundem und billigem Fleische herbeiführen ließe.

Aber die Sorge um den Gesundheitszustand des Viehes steht ja tatsächlich gar nicht im Vordergrund der Erwägungen, die den Abschluß des deutschen Marktes von der fremden Vieheinfuhr bestimmt. Maßgebend ist das Streben nach möglichst hohen Fleischpreisen, nach gesteigertem Gewinn der Agrarier. Das ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt für den im Augenblick in Preußen-Deutschland einflußreichsten Staatsmann, für Herrn v. Bobbielski, der nicht nur preussischer Landwirtschaftsminister, sondern auch einer der größten Schweinezüchter vor dem Herrn ist. Eine Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten liegt außer seinem Gesichtskreise, er kennt nur das eine Ziel: daß die Landwirte möglichst viel verdienen.

Wir haben früher ausgeführt, daß auch die Arbeiter nichts einzuwenden haben, wenn man alle berechtigten, von Nebenabsichten freilich freien Maßnahmen trifft, um den Gesundheitszustand des deutschen Viehbestandes nicht verschlechtern zu lassen. Aber bei aller Rücksicht auf die Seuchenfreiheit des deutschen Viehes müssen wir es doch als eine noch viel wichtigere Aufgabe der Reichsregierung und der deutschen Staatsregierungen bezeichnen, daß auch die Menschen von Seuchengefahren verschont werden. Wenn aber die ohnedies schlecht ernährte und zu wenig Fleisch essende Arbeiterbevölkerung durch die gewaltig gesteigerten Fleischpreise gendigt wird, sich

und ihre Familien in ihrer Lebenshaltung einzuschränken, weniger zu essen und schlechtere Lebensmittel im Haushalte zu verwenden, so vermindert sich die körperliche Widerstandskraft der Arbeiterschaft, so entsteht die Gefahr häufigerer Erkrankungen und einer raschen Verbreitung von Seuchen, wo solche auftreten. Aber nicht bloß dies kommt in Betracht, sondern auch die Tatsache, daß eine verminderte Ernährung direkt eine fürchterliche Seuche erzeugen kann, nämlich den Hungertypus, der vor allem Schlesten bedroht und künftig auch noch auf andere Teile des Deutschen Reiches hübergreifen kann.

Aber selbst, wenn diese fürchterliche Erscheinung uns erspart werden sollte, so müssen wir uns klar sein, daß eine erzwungene Unterernährung der Arbeiterbevölkerung ihre Leistungsfähigkeit auch im Arbeitsprozesse vermindert. Im scharfen Konkurrenzkampfe steht die Industrie des Deutschen Reiches vor allem mit Großbritannien und mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort sind die Löhne höher, und was gerade im Augenblicke so bedeutungsvoll ist, dort ist die Deckung des Fleischbedarfes mit bedeutend geringeren Kosten verknüpft als in Deutschland, dort ist eine körperlich kräftigere Arbeiterschaft unzweifelhaft eines der wichtigsten Momente für die starke Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Großbritannien, das die strengsten Maßnahmen gegen eine Verseuchung seines Viehbestandes befolgt, kennt keine Zölle auf Fleisch und hat deshalb im Vergleich zu Deutschland sehr niedrige Fleischpreise. Ein englischer Arbeiter kann ein Pfund australisches Hammelfleisch für 20 Pf., ein Pfund argentinisches Rindfleisch für 56 Pf., ein Pfund Speck für 50 Pf. kaufen. Englisches Fleisch ist teurer, aber immer noch erheblich niedriger als deutsches Fleisch. Ein Viebling unserer Agrarier, der bekannte Dr. Karl Peters, sagt in seinem Buche „England und die Engländer“, was die Qualität des tierischen Fleisches betrifft, so ist es völlig einwandfrei. Es kommt in Gefrierkammern nach England und ist ebenso kräftig, wenn auch nicht ganz so schmackhaft, wie das in England geschlachtete. Der preussische Regierungsrat Kolb hat in seinem, im vorigen Jahre erschienenen Buche: „Als Arbeiter in Amerika“ folgende Kleinhandelspreise festgestellt: für ein Pfund Suppenfleisch 14 bis 19 Pf., Schmorbraten 23 bis 24 Pf., Speckfleisch 33 bis 47 Pf., Roastbeef 47 bis 56 Pf., Filet 70 bis 93 Pf., Schweinsrippen 37 bis 47 Pf., roher Schinken 48—56 Pf., Kalbfleisch 47—65 Pf., Hammelfleisch 47—65 Pf.

Bei uns erstrebt die „nationale Wirtschaftspolitik“, daß die Fleischpreise zwei- bis dreimal so hoch werden wie in den mit unserer Industrie erfolgreich konkurrierenden Ländern, so daß unsere Arbeiter nicht in die Lage kommen, sich so gut zu ernähren und so erfolgreich ihre Arbeitskraft wiederherzustellen als die englischen und nordamerikanischen Arbeiter. Daß dies für die Zukunft unserer Arbeiterklasse, unserer Industrie, unserer gesamten Volkswirtschaft bedenkliche Folgen haben muß, das muß jeder einsehen, der nicht für die Zusammenhänge der Volkswirtschaft durch sein eigenes agrarisches Sonderinteresse vollständig blind gemacht wird. Man mag die Agrarier und ihre Notwendigkeit für Deutschlands Existenz noch so hoch einschätzen, man wird doch zugestehen müssen, daß in der deutschen Arbeiterklasse ein viel wichtigerer Faktor für die wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes vorhanden ist.

Die Agrarier frohlocken, daß sie jeden Widerstand gegen die Preissteigerungen des Fleisches erfolgreich zurückgeschlagen haben und sehnstüchtig warten sie auf den 1. April des nächsten Jahres, an dem sie auch bei allen anderen landwirtschaftlichen Produkten ihre Wucherpolitik praktizieren können. Sie werden aber einmal aus ihren Träumen erwachen, wenn sie den gewaltigen Widerstand des ganzen Volkes gegen diese unhaltbaren, die breiten Massen schädigenden und nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommenden Preispolitik erkennen werden.

Für die Arbeiter ist aber dieses Vorzeichen künftiger noch viel schwererer Zeiten, die ihre Lebenshaltung vollkommen in Frage stellen, eine ernste Mahnung, die Macht der organisierten Arbeiterschaft sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete auf das Höchste zu steigern.

Unfall beim nächtlichen Jagrollen.

In der Nacht vom 16. auf 17. Februar 1904 (Fahndacht) kehrte der im höchsten Brauhause beschäftigte Arbeiter P. mit seiner Frau und einigen Freunden vom Walle heim. An einer Wirtshaus traf er eine sehr lustige und weinlaunige Gesellschaft bödster Fabrikanten, die sich das Vergnügen gemacht hatten,

